

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Karl Straub

Abg. Johannes Becher

Abg. Alexander Hold

Abg. Uli Henkel

Abg. Richard Graupner

Abg. Florian von Brunn

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martin Hagen

Abg. Raimund Swoboda

Staatssekretär Sandro Kirchner

Abg. Markus Bayerbach

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe zur weiteren gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Migrationskrise lösen - Planungssicherheit für Länder und Kommunen jetzt sichern, dauerhafte Lösungen auf den Weg bringen (Drs. 18/28906)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Staatsregierung muss raus aus der Krisenstimmung - Anpacken und Integration vorantreiben (Drs. 18/28978)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Karl Straub für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Mehr war eben nicht drin. Das muss man heute so klar sagen." – Das waren die Worte des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, zum gestrigen Tag. Er hat vollkommen recht. Ich bin sehr froh, dass unser Ministerpräsident zu der Beschlussfassung – ich finde die 16. Seite der Beschlussfassung am besten – eine entsprechende Protokollerklärung abgegeben hat.

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist er denn? Er war heute noch gar nicht da!)

Die Zugangszahlen der Flüchtlinge steigen stark und schnell an. Die Länder, vor allem aber die Kommunen stoßen an ihre Grenzen. Sie sind an ihren Grenzen, und dies nicht nur in finanzieller Hinsicht, aber auch in finanzieller Hinsicht. Vor allem sind sie bei der Unterbringungssituation an ihren Grenzen. Ich glaube, wir in Oberbayern und in vielen anderen Teilen Bayerns können ein Lied davon singen. Bei den Möglichkeiten, die wir noch bei der Integration haben, bei der ärztlichen Versorgung, bei der Be-

reitstellung von Kita- und Schulplätzen sind wir, genauso wie die haupt- und ehrenamtlichen Helfer, am Ende.

Der Bund entzieht sich hier seiner Verantwortung, die er aufgrund seiner Zuständigkeit für die Ordnung und für die Steuerung des Migrationsgeschehens trägt. Eine deutlich größere finanzielle Unterstützung wäre hier absolut notwendig. 1 Milliarde Euro ist auch schon etwas, aber das ist leider Gottes viel zu wenig. Wir brauchen hier eine dauerhafte, atmende Regelung, die sich automatisch den jeweiligen Flüchtlingszahlen anpasst. Ich bitte hier wirklich die SPD. Die GRÜNEN haben sogar darum geworben, die Länder und die Kommunen besser zu unterstützen. Die SPD hat manchmal Ansätze, auch die FDP hat manchmal Ansätze, nur gehen die drei Ansätze nie so ganz zusammen. Wenn man das Ganze durchmischen würde, käme am Ende vielleicht sogar etwas ganz Anständiges heraus. Am schlimmsten aber ist, dass erst im November neu verhandelt wird. Im Sommer sind die Flüchtlingszahlen aber bekanntermaßen am höchsten. Bis November haben wir keine Zeit mehr. Das möchte ich hier einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern daher in unserem Dringlichkeitsantrag, dass auf Bundesebene und auf EU-Ebene alle Maßnahmen ergriffen werden, um die illegale Migration nach Europa und insbesondere nach Deutschland nachhaltig und spürbar zu verringern. Der Fokus muss auf Fachkräftezuwanderung liegen, auf Leuten, die in die Erwerbstätigkeit kommen. Die irreguläre Migration muss aber deutlich nach unten.

Ein wichtiger Baustein hierfür sind die Bemühungen um einen schnellen Abschluss der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Wir weisen übrigens auf diese Situation schon seit Februar/März des letzten Jahres hin. Wir brauchen einen großen Teil der Asylverfahren an den EU-Außengrenzen – die Innenministerin hat hierzu gute Ansätze geäußert – und an den Botschaften der Mitgliedstaaten. Wir brauchen ein europäisches Ankunfts- und Asylzentrum außerhalb der EU. Wir brauchen

einen effektiven EU-Außengrenzschutz, und wir brauchen eine Reform der Aufnahme- und Integrationskapazitäten der europäischen Mitgliedstaaten.

(Beifall bei der CSU)

Eines ist noch ganz besonders wichtig, nämlich endlich die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern. Tunesien, Algerien und Marokko sind Urlaubsländer. Sie gehören unbedingt zu den sicheren Herkunftsstaaten. Bei allen anderen Ländern, bei denen die Anerkennungsquote unter 5 % ist, muss das ebenfalls dringend geregelt werden, weil solche Regelungen die rechtlichen Verfahren deutlich verkürzen und eine Erleichterung im Asylsystem bringen. Insgesamt brauchen wir eine nachhaltige europäische Entwicklungspolitik. Vor allem brauchen wir die Bekämpfung der Fluchtursachen. Auch die Zusammenarbeit mit den ebenfalls belasteten Transitländern muss verstärkt werden.

Lieber Herr Hagen, ich lasse Sie heute nicht in Ruhe. Wir brauchen auch endlich die angekündigte Rückführungsoffensive. Ich wünsche Herrn Stampf immer wieder ein gutes Gelingen bei dieser Aufgabe.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Sie werden den Namen gleich richtigstellen. Leider ist er mir nicht so bekannt, weil er in der Öffentlichkeit nicht sehr in Erscheinung tritt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Offensichtlich tut er in diesem Bereich zu wenig.

(Beifall bei der CSU)

Eines müssen wir noch auf den Prüfstand stellen. Wir sind mit Abstand das Land mit den höchsten Sozialleistungen. Auch das muss hier einmal gesagt werden. Ich glaube, wir brauchen auch auf europäischer Ebene eine Anpassung der Sozialleistungen. In einigen Ländern müssen sie hoch, aber bei uns müssen sie deutlich runter. Wir

brauchen die vorübergehende Aussetzung von Bundesaufnahmeprogrammen. Auch das muss sein. Momentan können wir nicht mehr über die Maßen aufnehmen. Außerdem brauchen wir wirksame Maßnahmen gegen die Sekundärmigration. Wir müssen endlich die Fehlanreize für die irreguläre Migration beenden.

Ich denke, ich habe schon darauf hingewiesen, liebe Kollegen der Ampelkoalition: Wir haben keine Zeit mehr, bis November zu warten, um dann noch einmal zu verhandeln. Wir brauchen jetzt sofortige Maßnahmen. Das Ganze ist nicht einfach, aber es muss jetzt endlich angegangen werden. Wenn es nach der CSU gegangen wäre, hätten wir diese Art von Flüchtlingspolitik, die übrigens die humanste Art der Flüchtlingspolitik ist, schon lange.

(Alexandra Hiersemann (SPD): Da habe ich meine Zweifel!)

– Das ist sie. Es ist die fairste und humanste Art und Weise der Flüchtlingspolitik. Gehen Sie sie bitte an.

Zum Antrag der GRÜNEN: "Die Staatsregierung muss raus aus der Krisenstimmung".

– Ich weiß nicht, die Staatsregierung muss raus? Ich habe den Eindruck, dass die Bundesregierung raus aus der Krise und endlich handeln muss.

(Beifall bei der CSU)

Den Antrag können wir nur ablehnen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich meine das sehr, sehr ernst, denn es ist höchste Zeit, eine ordentliche Flüchtlingspolitik zu machen, sowohl für unsere eigene Bevölkerung als auch für die Flüchtlinge selbst.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich zum CSU-Antrag Stellung nehmen. Da heißt es: "Die Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels sind vor diesem Hintergrund völlig ungenügend." – Ich stelle fest: Der Bund-Länder-Gipfel war noch gar nicht zu Ende, man wusste noch gar nicht, was herauskommt, da hat die CSU in der Begründung ihres Dringlichkeitsantrags schon die Pressemitteilung festgeschrieben gehabt und gewusst, dass es auf jeden Fall schlecht ist, was da beschlossen wird. Da hauen wir wieder drauf.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Das ist schlechter Stil. So kann man meines Erachtens keine seriöse Politik machen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zu der Zeit, als der Antrag tatsächlich eingegangen ist, war der Gipfel, so glaube ich, unterbrochen. Es gab dann abends noch eine weitere Runde. Danach ist dieses Papier entstanden, 16 Seiten, und es hat, wie das so oft ist bei Bund-Länder-Runden, Licht und Schatten. Die einen werden das eine als Licht betrachten, die anderen das andere.

(Tobias Reiß (CSU): Zu viel Schatten!)

Letztendlich würde ich bei den Finanzen einmal anfangen. Natürlich – ich habe das heute Morgen auch schon gesagt – sind wir in der Situation, dass die Kommunen sehr stark gefordert und dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Auch ich halte die Position, die die 16 Bundesländer vertreten haben, nämlich ein Finanzierungsmodell zu machen, das sich an der tatsächlichen Belastung orientiert, für sinnvoll. Das war auf die Schnelle nicht zu erreichen. Aber immerhin haben wir GRÜNE uns da ganz klar positioniert, der Kollege Straub hat es richtigerweise angesprochen, dass es mehr Geld geben muss: Es ist jetzt erst mal eine Milliarde geworden. Ich

schließe mich eher der Einschätzung von Herrn Pannermayr vom Bayerischen Städte- tag an, der sagt, es ist kein großer Wurf, aber es ist ein erster kleiner Schritt. Es sind 170 Millionen Euro für Bayern, und jetzt müssen wir schauen, dass wir die zügig zu den Kommunen bringen und verteilen.

In dem Papier steht auch, dass über ein sogenanntes atmendes System weiterverhan- delt werden soll und dann im November, beim nächsten Mal, diese Entscheidung ge- troffen wird. Ich hoffe, dass man nicht erst im November mit dem Verhandeln anfängt, sondern das muss natürlich jetzt weitergehen, in den Arbeitsgruppen entwickelt wer- den, damit am Ende ein Finanzierungsmodell steht, das die Lasten, die derzeit auf den Kommunen liegen, abfedert.

Ich habe es heute in der Früh auch schon gesagt: Ich würde das runterbrechen bis auf die Gemeinden. Die Gemeinden, die viele aufnehmen, die auch privat viele unterge- bracht haben, die diese gesellschaftliche Leistung erbringen, sollten davon profitieren, dass sie diese Leistung für uns alle erbringen, meine Damen und Herren.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Dringlichkeitsantrag der CSU steht – da geht es nicht nur um illegale Migration, sondern es heißt hier: "[...] alle Maßnahmen ergriffen werden, die Migration nach Europa [...] nachhaltig und spürbar zu verringern [...]" – "Alle Maßnahmen". Weiter unten heißt es: "keine Denkverbote", internationale Abkom- men muss man auch in den Blick nehmen. – Welche meinen Sie denn damit? Welche internationalen Abkommen sollen denn ohne Denkverbote in den Blick genommen werden?

Dass wir auf europäischer Ebene mehr Solidarität, mehr Verteilungsgerechtigkeit brau- chen – d'accord! Das ist schwierig zu erreichen, war es all die letzten Jahre schon, weil nicht alle europäischen Länder gleich solidarisch sind. Sie haben ja gute Kontakte zu Herrn Orbán, Sie kennen die Leute, es ist nicht mit allen gleich leicht. Dann kann jetzt auch nicht von der Hand zu weisen sein, dass man hier keine schnellen Lösun- gen findet. Aber man sagt: "keine Denkverbote" mehr.

Meines Erachtens sollte man einen klaren Kompass haben. Dieser klare Kompass – das habe ich heute in der Früh schon auszuführen versucht – ist zum einen ein Kompass der Rechtsstaatlichkeit, ein Kompass, der den Wert der Humanität und der Menschlichkeit in den Fokus nimmt und der das Thema der Zuwanderung nicht immer nur aus dieser Krisenstimmung und Problembeschreibung heraus betont. Menschen als Problem, dieses Bild taugt mir überhaupt nicht. Es gilt vielmehr, die Potenziale der Zuwanderung zu erkennen, dabei die Herausforderungen nicht kleinzureden, sondern sie zu benennen, Lösungsvorschläge zu machen und unsere Werte und Regeln einzufordern und durchzusetzen. Das ist doch der Kompass, wie Integration bei uns gelingen kann.

Ich würde mir wünschen, dass wir mehr darüber sprechen, wie die Integration der Menschen, die bei uns sind, gelingt, als immerzu darüber zu reden, wie wir möglichst viele Leute vergrämen können. Das kann doch nicht die Lösung sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben noch einen weiteren Punkt im Antrag: Man soll von Geldleistungen auf Sachleistungen umstellen. Das heißt, wir brauchen in den Ämtern wieder Gutscheine; die Gutscheine müssen einzeln ausgeteilt werden, wir brauchen wieder Stellen wie den Supermarkt, der den Gutschein annimmt. Dann ist wieder die Frage, wie das mit dem Wechselgeld ist usw. usw. Jeder redet von Entbürokratisierung, und ihr wollt jetzt wieder auf Sachleistungen umstellen.

Wegen des Geldes, das der einzelne Asylbewerber kriegt, während er bei uns im Verfahren ist, kommen die Leute nicht zu uns. Sie kommen zu uns, weil sie fliehen – vor Krieg, vor Verfolgung und weil sie sich ein besseres Leben erhoffen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der AfD – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das ist doch der wahre Antrieb. Nutzen wir doch diesen Antrieb, den die Leute haben, und versuchen wir, sie bei uns in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die werden nicht alle Fachkräfte – das ist auch die Wahrheit –, aber wir brauchen ja nicht nur Fachkräfte; wir brauchen auch Arbeitskräfte, die bereit sind, sich zu engagieren und ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und die von Bedürftigen zu Steuerzahlern werden. Das ist doch das Ziel der Integration. Dazu lese ich in Ihrem Antrag herzlich wenig bis gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meines Erachtens sollte man den Fokus auf das legen, gerade im Bayerischen Landtag, was wir beeinflussen können. Das ist nicht alles, aber ein bisschen ist es schon. Dann heißt es: Was können wir tun, um die Kommunen zu unterstützen? Was können wir tun, um die Integration vor Ort zu unterstützen? Ich weiß, dass das kein Kurzfristprojekt ist, sondern mittel- und langfristig angelegt ist. Das ist alles richtig, aber da müssen wir schauen, dass wir überkommunale Integrationszentren vorantreiben, dass wir Sprachkursangebote machen, so schnell es geht; denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Als Freistaat sollten wir den Kommunen unsere Immobilien für die Unterbringung zur Verfügung stellen. Ich glaube, das wären wesentliche Schritte. Das wollen wir tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Wir haben eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung. Bitte, Herr Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Becher, Sie reden hier davon, dass in unserem Antrag nichts von Integration stünde. So etwas brauchen wir nicht extra in einen Antrag zu schreiben. Wir sind in Sachen Integration in Bayern absolut die Nummer eins.

(Lachen bei den GRÜNEN)

75 % der Menschen mit Migrationshintergrund bei uns haben Arbeit. Das ist eine Integrationsleistung, die in Bayern erbracht wird. Da brauchen wir uns nicht ständig von den GRÜNEN belehren zu lassen, wie das funktioniert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist eine Selbstverständlichkeit, dass das bei uns passiert. Das braucht nicht in einem Antrag zu stehen.

Sie aber reden davon, zu uns würden nur Leute kommen, die vor Verfolgung und vor Krieg usw. flüchten. Das ist falsch. Wird Ihnen nicht bewusst, wenn Sie draußen unterwegs sind, dass genau diese gelingende Integration durch total ungesteuerten Zugang in Gefahr ist, weil man nicht mehr in der Lage ist, diese vielen Menschen gut zu integrieren? Nehmen Sie das bitte auf, und unterstellen Sie uns nicht fehlenden Integrationswillen! Bayern ist ein Vorbild, und das schon seit Jahrzehnten, was die Integration integrationswilliger Asylbewerber betrifft.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Johannes Becher (GRÜNE): Ich muss mich doch wundern, in wie vielen Fällen, Leute, die in Arbeit, in Ausbildung sind, also eigentlich die Leute, die wir unbedingt behalten wollen, die gut integriert sind, die teilweise sogar eine Ausbildung in Pflegeberufen haben, in denen wir bekanntermaßen einen Fachkräftemangel haben, genau diese Leute dann abgeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ländner (CSU): Wo denn? Lüge! – Widerspruch bei der CSU)

Das ist doch das Problem. Viel zu viele solcher Fälle gibt es.

Ich bin der ganz klaren Meinung: Wir müssen dafür sorgen, dass die Leute, die sich bei uns integrieren, die bei uns Arbeit haben, die die Sprache lernen, Vorbilder für alle

anderen sind. Da müssen wir hin. Das Gesetz für ein Chancen-Aufenthaltsrecht des Bundes ist ein erster Schritt. Ich glaube, dass wir da noch deutlich mehr machen müssen. Ansonsten wird die Integration auf Dauer nicht so gut gelingen, wie uns die CSU weismachen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/28906 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Als nächsten Redner rufe ich jetzt meinen Kollegen Alexander Hold auf. Bitte.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass sich die SPD nun doch auch dem Thema Migration stellt. Ich hatte vorhin schon die Befürchtung, dass Sie heute Morgen vielleicht gar nicht wegen der AfD ferngeblieben sind, sondern weil Sie schlicht und einfach Angst hatten, für das mutlose Verhalten Ihres Bundeskanzlers in Haftung genommen zu werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mutloses Verhalten, ganz klar.

(Florian von Brunn (SPD): Substanzlos!)

Enttäuschender hätte der Asylgipfel gestern tatsächlich kaum sein können. Eine Milliarde zusätzlich! Der Berg kreite und gebar die Maus, von der man eigentlich im Grunde schon mittags wusste. Es geht nur um 2023, kein atmendes System, völlig unabhängig davon, wie viele Flüchtlinge tatsächlich ins Land kommen. Eine Milliarde, einfach so. Wie es nächstes Jahr weitergeht: keine Ahnung.

Ich war vorhin schon versucht, den Kollegen Becher zu loben, weil er nämlich auch gesagt hat, ein flexibles System wäre deutlich besser gewesen. – Ja, dieser Sachverstand und diese Erkenntnis hat gestern in der Ampel auf jeden Fall gefehlt. Vielleicht

wäre es gut gewesen, Sie wären dort gewesen. Aber das mit dem Lob lasse ich dann doch sein. Ganz ehrlich, was Sie am Ende gesagt haben: Hört doch bitte endlich mal damit auf, die Dinge immer zu vermischen. Potenziale der Migration – ja! Wir brauchen Migration, keine Frage. Wir brauchen Fachkräfte, wir brauchen aber auch normale, einfache Arbeitskräfte. Aber Asyl und Arbeitsmigration sind nun mal nicht dasselbe. Die Problematik, die wir gerade haben, können wir nicht damit wegwischen, indem wir sagen: Wir haben große Potenziale in der Zuwanderung. – Werft nicht immer Asyl und Migration in einen Topf!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und zwar deswegen nicht, weil das die Menschen merken. Die Menschen merken, dass wir gerade ganz andere Probleme haben. Diese können wir nicht wegreden, indem wir sagen, wir können die alle als Arbeitskräfte brauchen.

Ja, wir haben Überschneidungen; und ja, wir müssen teilweise etwas tun. Wir tun aber auch einiges. Manches funktioniert ja ganz gut. Wir haben durchgesetzt, dass die 3-plus-2-Regelung offensiv angewendet wird. Das Chancen-Aufenthaltsrecht ist nicht des Teufels, wie teilweise auch in diesem Haus am Anfang behauptet wurde. Das hat auch der Innenminister eingesehen. Er hat seine Behörden angewiesen, auch das offensiv anzuwenden. – Und ja, da könnte man auch noch nachlegen. Das könnten allerdings Sie tun. Aus unserer Sicht rennen Sie offene Türen ein, wenn die Berechtigung für das Chancen-Aufenthaltsrecht ausgedehnt wird: Warum denn nicht?

Unsere Probleme, die wir gerade haben, sind aber ganz andere. Das ist auch nicht die fehlende Integration. Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag, ehrlich gesagt, für die Katz, nicht für die Integration. Tatsächlich kommen unsere Kommunen, das Land, die Menschen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, was die Aufnahme von Flüchtlingen betrifft. Das ist ein ganz anderes Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Da ist es, ehrlich gesagt, erschreckend, dass es beim Gipfel in Berlin am Ende doch nur um Geld ging – ein kleines Feigenblättchen, ein Flüchtlingsplan, in dem nichts anderes steht als Dinge, die seit Jahren bekannt sind, nämlich immer nur nach dem Motto: Wir müssen, wir sollten, wir werden, man könnte doch einmal.

Was im Antrag der CSU steht, ist richtig. Dort steht, dass sich die Staatsregierung deswegen für das Gemeinsame Europäische Asylsystem, für die Bekämpfung von Fluchtursachen und für die Rückführungsoffensive einsetzen soll. Alle haben den Begriff im Mund. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Vieles davon ist gerade an den GRÜNEN gescheitert. Seit vielen Jahren scheitert die Einstufung der Maghreb-Länder als sichere Herkunftsländer letzten Endes an den GRÜNEN.

Man braucht schon ein sehr kindliches Gemüt, um zu glauben, dass eine Ausweitung des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage irgendetwas an der Situation ändern wird. Fast gleichzeitig bringen die GRÜNEN hier im Landtag einen Gesetzentwurf ein, nach dem Minderjährige nicht in Abschiebehafteinrichtungen untergebracht werden dürfen, die Eltern im Grunde auch nicht, weil man sie nach Ihrem Gesetzentwurf nicht von den Kindern trennen darf. Ganz ehrlich: Das ist schon eher frech.

Ich habe heute Morgen schon gesagt, dass wir degressive Rückkehrhilfen brauchen. Vor allem brauchen wir eine Beschleunigung der Asylverfahren, und zwar nicht nur in Worten und in Sonntagsreden. Ich habe heute Morgen Vorschläge gemacht, nach dem Schweizer System innerhalb 48 Stunden über alle Asylanträge aus Ländern, die nur eine ganz geringe Anerkennungsquote haben, zu entscheiden. Das geht. Die Schweiz macht das vor. Das würde die Kommunen und die Länder entlasten. Bei der Integration haben wir sicherlich keine Defizite. Diese Dinge müssen wir tatsächlich hinkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung, Herr Hold. – Herr Abgeordneter Uli Henkel. Bitte, Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): Herr Kollege Hold, Sie haben gerade gesagt, wir brauchen auch Zuwanderung für einfache Arbeiten. Ich weiß aber, dass Sie wissen, dass wir über 2,6 Millionen Arbeitslose haben. Brauchen wir wirklich auch noch Zuwanderung für einfache Arbeiten, oder wäre es angesichts der Situation, mit der die Länder überfordert sind, mit der alle Gemeinden überfordert sind, denn nicht angezeigt, dass wir diejenigen, die hier sind und nicht arbeiten, in Arbeit bringen, statt dass wir jetzt auch noch Arbeitskräfte im Ausland für einfache Arbeiten anwerben?

(Beifall bei der AfD)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Ich bin erstaunt, dass Sie angeblich wissen, was ich weiß – das als Erstes. Ich weiß allerdings, dass wir in Deutschland über 2 Millionen offene Stellen haben. Bei diesen offenen Stellen handelt es sich nicht nur um Stellen für Ingenieure und Ähnliches; vor allem handelt es sich um einfache Arbeiten. Warum haben denn in der Gastronomie viele Betriebe ganz zugemacht? Warum haben manche nur noch drei oder vier Tage in der Woche geöffnet? – Oftmals deswegen, weil der Spüler fehlt, weil die Bedienung fehlt. In der Industrie haben wir einen riesigen Bedarf an ganz normalen, einfachen, angelernten Arbeitskräften.

Egal, wo Sie hinschauen: Es fehlt nicht nur an den Spitzenkräften, an den ITlern, die wir aus Indien anwerben müssen, sondern es fehlt an Menschen, die anpacken. Wenn Sie ganz ehrlich sind, müssen Sie zugeben, dass es doch viele Gewerke und viele Arbeiten gibt, die Sie auch nicht mehr anfassen wollen, die viele Deutsche nicht mehr anfassen wollen, wo wir froh sind, wenn wir Menschen mit Migrationshintergrund haben, die diese einfachen Arbeiten für uns und zu unserem Wohl ausführen. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Nennen Sie ein Beispiel!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner: Herr Richard Graupner, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Antrag der AfD vom 9. Februar 2022 erhebt die Forderung nach – ich zitiere – "beschleunigten Rückführungsverfahren und robusten Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen". Der Antrag der CSU fordert heute einen robusten und effektiven EU-Außengrenzschutz.

Im gleichen AfD-Antrag fordern wir, dass an Asylbewerber – ich zitiere – "ausschließlich [...] Sachleistungen ausgegeben werden, um den Anreiz der Wirtschaftsmigration zu mindern". Im Antrag der CSU vom heutigen Tage fordert man eine bundesweit einheitliche, möglichst weitgehende Umstellung von Geldleistungen auf Sachleistungen.

Im Antrag der AfD vom 14. Februar 2023 stellen wir fest – ich zitiere –, dass die "Kostenübernahme gem. Verursacherprinzip beim Bund liegen muss".

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Im heutigen Antrag der CSU fordert man, dass der Bund die Kosten der Unterbringung, Versorgung und Integration von Migrantinnen – schön gegendert – und Migranten übernimmt.

Ich könnte noch weitere Parallelen ziehen und mehr Beispiele bringen, aber auch jetzt sieht schon ein Blinder – und die Vertreter der CSU wissen das selbst ganz genau am besten –: Sie kupfern in dem Antrag schamlos die Forderungen der AfD ab.

(Beifall bei der AfD)

Prinzipiell würde uns das natürlich freuen, entspränge Ihr Antrag einem echten Überzeugungswandel. Aber als die AfD-Fraktion seinerzeit ihre Anträge eingebracht hat, haben Sie diese in großer Einmütigkeit mit den linken und grünen Migrationsfetischisten abgelehnt.

Noch einen Unterschied gibt es: Wenn wir unsere Forderungen vorbringen, schaut Herr Körner vom Landesamt für Verfassungsschutz mit Argusaugen ganz genau hin und dichtet uns gerne finstere Absichten an.

(Johannes Becher (GRÜNE): Zu Recht!)

Wenn Sie dagegen unsere Anträge fast wortgleich abschreiben, dann ist das für unsere Schlapphüte offenkundig nicht von Interesse. Das ist natürlich verständlich, weiß man doch dort auch ganz genau, dass es mit der Ernsthaftigkeit der CSU-Forderungen nicht weit her ist.

(Beifall bei der AfD)

Trotz oberflächlicher Parallelität gibt es bei genauerem Hinsehen aber doch auch einige Punkte, wo sich die halbgare populistische Spreu der CSU vom Weizen ehrlich gemeinter Lösungsansätze der AfD trennt. Nehmen wir zum Beispiel die Forderung nach Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsländer. Neben Algerien, Tunesien und Marokko kann man auch nach Syrien zu weiten Teilen bedenkenlos abschieben. Das wäre eine enorme Entlastung für unsere Sozialsysteme; denn drei Viertel aller seit 2015 zu uns gekommenen Syrer sind Sozialleistungsbezieher – das hatte ich heute Vormittag schon erwähnt –, und es wäre ein bedeutender Beitrag zur Senkung der Kriminalitätsrate bei Zuwanderern; denn Syrer stehen in der Kriminalstatistik als nicht deutsche Tatverdächtige ganz oben auf der Liste.

Ein Gipfel der Scheinheiligkeit sind aber Ihre Ermahnungen an den Bund bezüglich einer Rückführungsoffensive; denn Abschiebungen sind Sache der Länder.

(Beifall bei der AfD)

Solange hier in Bayern vier von fünf vollziehbar Ausreisepflichtigen aufgrund Ihrer Untätigkeit – oder soll ich Unfähigkeit sagen? – weiterhin dem bayerischen Steuerzahler auf der Tasche liegen, solange sind Ihre Forderungen reine Makulatur und nicht ernst zu nehmen.

Eines fehlt in Ihrem Antrag völlig: Ich spreche von der Rückkehr zum Staatsangehörigkeitsrecht, wie es bis 1999 Gültigkeit hatte. Das muss eine Kernforderung sein, wenn man eine drohende unumkehrbare Überfremdung ernsthaft verhindern will. Wer das nicht erkennt, hat keinerlei Recht darauf, sich als konservativ oder gar heimattreu aufzuspielen. Aber immer mehr konservative Wähler in Bayern werden das erkennen und im Herbst ihre Stimme der Partei geben, die Interessen des eigenen Volkes gegen Fremdbegehrlichkeiten aller Art verteidigt – das ist die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Aber auch, wenn wir an der Ernsthaftigkeit Ihrer Absichten starke Zweifel hegen, so gehen die Forderungen Ihres Antrags doch mehrheitlich in die richtige Richtung. Wir werden ihm deshalb auch zustimmen; denn es ist in der jetzigen Situation wichtig, dass die bayerischen Volksvertreter mit einer deutlichen Mehrheit nach außen signalisieren: So wie jetzt kann und darf es in der Asylpolitik nicht weitergehen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Florian von Brunn von der SPD-Fraktion auf.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die CSU hat gestern vor 16 Uhr diesen Antrag eingereicht, über den wir gerade diskutieren – lange vor dem Ergebnis des Migrationsgipfels; das war erst um etwa 21 Uhr da. Obwohl Sie dieses Ergebnis gar nicht kannten, haben Sie am Ende diesen Satz reingeschrieben – ich zitiere –: "Die Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels sind vor diesem Hintergrund völlig ungenügend."

Sie haben also schon vor dem Ende des Gipfels erklärt, dass die Ergebnisse ungenügend sind – die Ergebnisse, die Sie zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht kannten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Das zeigt doch: Sie wollen gar keine Einigung. Sie wollen das Thema "Flucht und Migration" für den Wahlkampf missbrauchen, so wie im letzten Landtagswahlkampf. Sie haben die Lektion vom letzten Mal nicht gelernt. Sie haben damit denen Stoff gegeben, die Feinde unserer offenen Gesellschaft sind, und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Seit dem letzten Wahlkampf sitzt hier eine rechtsradikale und in Teilen sogar rechtsextreme Partei im Landtag.

(Zurufe)

Das beweist die Einstufung der AfD-Jugendorganisation JA durch den Verfassungsschutz. Sie leiten mit solchen Aktionen und Anträgen Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen, weil Sie keine sachlichen Debatten führen,

(Widerspruch bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

weil das humanitäre Argument bei Ihnen keine Rolle spielt. Damit fügen Sie unserer Demokratie Schaden zu. Das ist eine Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, warum wir über dieses Thema überhaupt diskutieren. Es war Putin, der einen verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Deswegen sind über eine Million Menschen aus der Ukraine zu uns geflüchtet. Wir helfen ihnen gerne in der Not. Ich bedanke mich ausdrücklich bei all denen, die an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen,

(Beifall bei der SPD)

insbesondere bei den bayerischen Städten und Gemeinden, aber auch bei den Hilfsorganisationen, bei den Ehrenamtlichen, bei all denen, die sich in Ämtern und Behör-

den um sie kümmern. Sie leisten sehr viel; dafür ein herzliches Dankeschön von der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommen natürlich auch Menschen auf der Flucht aus Afghanistan, aus Syrien, aus dem Iran; von dort kommt nämlich der Hauptteil der Geflüchteten her. Wir wissen alle, dass dort Diktatur herrscht, dass Menschen umgebracht, gefoltert, inhaftiert und ins Exil getrieben werden. Die SPD weiß aus ihrer Geschichte, was das bedeutet. Deswegen fühlen wir uns dem Recht auf Asyl, dem Schutz von Verfolgten und der Humanität besonders verpflichtet.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir blenden auch nicht die Probleme aus, die es im Moment mit der Finanzierung, mit der Unterbringung und mit der Integration gibt. Deswegen bin ich froh, dass es eine Milliarde Euro mehr für Länder und Kommunen gibt, dass wir weiter über einen atmenden Deckel verhandeln, also über die Bindung der Zuschüsse des Bundes an die Zahl der Geflüchteten.

(Zuruf)

An dieser Stelle auch noch ein ausdrücklicher Dank an alle, die sich um eine gute Integration und Unterbringung bemühen. Man darf aber auch nicht verschweigen, was der Bund bereits leistet: Die Mittel für die Bekämpfung der Fluchtursachen wurden von der Bundesregierung seit 2016 auf rund 12 Milliarden Euro jährlich fast verdoppelt. Gegenüber 2016 ist die Unterstützung des Bundes im Jahr 2020 um fast 4,5 Milliarden Euro erhöht worden. Bei den Kosten der Unterkunft entlastet der Bund Länder und Kommunen jährlich um 4 Milliarden Euro. Der Bund stellt Gebäude und Flächen zur Verfügung und gibt jetzt noch mal 1 Milliarde Euro im Jahr, damit wir die Ausländerbehörden und die Erfassung der Geflüchteten endlich in einer gemeinsamen Da-

tenbank digitalisieren und zentralisieren können. Reden Sie das nicht klein. Bestreiten Sie das nicht einfach.

(Beifall bei der SPD)

Was mir noch wichtig ist: Wir werden diejenigen konsequent abschieben, die hier erhebliche Straftaten begangen haben; das werden wir tun. Aber das Chancen-Aufenthaltsrecht habe ich noch gar nicht erwähnt, mit dem wir viel mehr Menschen ermöglichen, hier in Deutschland zu arbeiten und ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Wir wollen eben nicht die gut integrierten Ministranten aus dem Senegal abschieben, so wie Sie das wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen auch nicht die Geflüchteten, die sich hier mit Herz zum Beispiel in der Pflege für ältere Menschen engagieren, abschieben, so wie Sie das leider machen.

(Beifall bei der SPD)

Viel sinnvoller als dieser Antrag wäre es also, wenn Sie endlich die Gelder vom Bund in ganzem Umfang und schnell an die bayerischen Städte und Gemeinden weitergeben. Diesen Antrag lehnen wir ab.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben zwei Interventionen. – Zur ersten Intervention bitte Herr Andreas Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Herr von Brunn, ich freue mich, dass Sie heute noch zu uns gefunden haben; heute Morgen hat es noch nicht danach ausgesehen. Sie haben neulich vom Abgeordneten Markus Söder gefordert, dass er seine Landtagsbezüge zurückzahlt, weil er nie da ist. Ich wollte Sie und auch den Rest Ihrer Fraktion mal fragen, ob Sie auch etwas zurückzahlen, nachdem Sie heute Vormittag bei der Aktuellen Stunde genau zum gleichen Thema Arbeitsverweigerung betrieben haben, nicht er-

schiene sind, den parlamentarischen Diskurs gescheut haben und jetzt noch hier auftreten und uns verunglimpfen. Schämen Sie sich eigentlich nicht? Ich bin echt enttäuscht und maßlos entsetzt, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Herr Winhart, ich kann Ihnen sagen: Wir freuen uns nicht, dass Sie hier im Landtag sind. Wir wollen, dass Sie rausfliegen, weil wir keine Rechtsradikalen im Landtag wollen.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: War das die Antwort?

Florian von Brunn (SPD): Ja, natürlich. Was soll ich zu dem Unsinn mehr sagen?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur nächsten Zwischenbemerkung Herr Karl Straub, bitte.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr von Brunn, es braucht keine großen hellseherischen Fähigkeiten, um das Ergebnis vorauszusehen. Wenn man die Äußerungen der Ampelkoalition im Vorfeld des Bund-Länder-Gipfels analysiert hat, war es keine große Kunst, das vorauszusehen. Ich hätte heute gerne dazu geredet, wenn es zu Ergebnissen gekommen wäre. Das hätte ich gerne getan, wenn es so gewesen wäre.

Sie haben aber offensichtlich den Beschluss bis heute in der Früh nicht verdaut. Sie waren offensichtlich überfordert, den Beschluss zu verdauen, und haben der AfD, die Sie jetzt gerade – vielleicht zu Recht – beschimpft haben, das Feld überlassen, während sich alle anderen demokratischen Parteien in der Diskussion der AfD entgegengestellt haben. Das muss man hier mal deutlich feststellen, wenn Sie meinen, dass Sie durch Diskussionsentzug die AfD schwächen und deswegen die AfD aus dem Landtag rausfliegt. Ich glaube, Sie müssen eher aufpassen, dass Sie nicht selber aus dem Landtag rausfallen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, die Zeit ist zu Ende.
– Bitte, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Straub, es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten, um zu wissen, dass die CSU dieses Thema zum Wahlkampfthema machen will, so wie beim letzten Mal.

(Zuruf)

Auch aus historischer Erfahrung heraus wollen wir nicht die Kulisse für rechtsradikalen Wahlkampf hier im Landtag abgeben. Nach dem, was ich mir von der Debatte habe sagen lassen, haben Sie den Thesen der AfD hier gar nicht entschieden widersprochen.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie rufen selbst diese Themen auf, also hören Sie doch einfach auf, jetzt zu behaupten, dass Sie hier irgendwas verteidigen. Sie wollen Profit aus diesem Thema schlagen. Das merkt man auch an dem Antrag und daran, dass Sie schon, bevor das Ergebnis bekannt war, so einen Antrag mit so einem Satz darin geschrieben haben. Wenn Sie jetzt behaupten, es gab keine Ergebnisse, muss ich einfach festhalten: Sie haben anscheinend das Papier nicht gelesen. 16 Seiten sind für Sie zu lang. Vielleicht setzen Sie sich noch mal hin und bemühen sich; dann verstehen Sie auch etwas.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist ein weltoffenes Land, das in den nächsten Jahren auch ganz dringend auf Einwanderung angewiesen ist. Wir werden in den nächsten Jahren Jahr für Jahr mehrere Hunderttausend Zuzüge in unseren Arbeitsmarkt brauchen, um unseren Wohlstand zu er-

halten. Gleichzeitig sind wir ein weltoffenes Land, das sich auch seiner humanitären Verantwortung bewusst ist, zum Beispiel gegenüber den Flüchtlingen, die derzeit aus der Ukraine zu uns kommen, die hier Zuflucht finden und selbstverständlich auch völlig unstrittig Zuflucht finden müssen.

Wenn wir aber wissen, dass wir auf der einen Seite jährlich mehrere Hunderttausend Zuzügler brauchen, um unseren Arbeitsmarkt und unsere sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, auf der anderen Seite den Menschen, die aus Europa vor einem Krieg fliehen, und natürlich auch Menschen, die vor individueller Verfolgung Anrecht auf Asyl haben, Zuflucht bieten müssen, bedeutet das, dass wir in der wachsenden Konkurrenz um Wohnraum nicht gleichzeitig noch all denen dauerhaften Zugang zu unserem Land bieten können, die es irgendwie schaffen, Fuß auf europäischen Boden zu setzen.

Deswegen ist es völlig richtig, dass wir die irreguläre und illegale Migration nach Europa und nach Deutschland begrenzen müssen. Genau das versucht die Bundesregierung jetzt. Genau das war auch eines der Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels des gestrigen Tages. Sie fordern in Ihrem Dringlichkeitsantrag, dass wir die europäischen Außengrenzen besser schützen müssen, dass wir die Asylverfahren möglichst schon an den Außengrenzen beginnen müssen, dass wir eine Rückführungsoffensive brauchen, dass wir Abkommen mit den Herkunftsstaaten über die Rückführungen brauchen. Das ist alles richtig. Das sind alles Dinge, zu denen sich die Bundesregierung jetzt bekennt.

Sie kritisieren an der Bundesregierung, dass sie das, was Sie für richtig halten, was Sie selber aber 16 Jahre lang nicht umsetzen konnten, jetzt zwar umsetzt, aber nicht so schnell, wie Sie sich das wünschen. Diese Kritik nehme ich gerne an. Das ist eine Kritik, mit der wir gut leben können.

Wir wissen, die Migrationspolitik steht vor Herausforderungen, die nicht einfach zu meistern sind. Da gibt es dicke Bretter, die zu bohren sind. In den letzten Wochen und Monaten sind wir dabei aber schon weiter gekommen als Sie in den 16 Jahren, in

denen Sie regiert haben. Deshalb freuen wir uns, dass Sie die Ampelkoalition auf diesem Weg unterstützen, insbesondere die FDP, die schon lange für mehr Kontrolle und Begrenzung der Migration kämpft.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Aha, es ist soweit: Die CSU treibt die Angst um. Deshalb entwickeln Sie sich in der Migrationspolitik zu einer antichristlichen, antisozialen und zu einer radikalen Partei, allen voran die Edlen der CSU-Elite im Fraktionsvorstand. Ich nenne ein paar: Herr Thomas Kreuzer, Herr Tobias Reiß, Herr Prof. Dr. Bausback, Herr Alexander König und Herr Dr. Hopp. Das sind nur einige von denen, die hier vorgeben, einen Umdenkungsprozess durchlaufen zu haben. Sie sollen wissen, wer hier im Hohen Haus die Superverwandlungskünstler sind. Diese sollen beim Namen gerufen werden.

Auch Herr Dr. Oetzingler ist hier mit von der Partie und entpuppt sich nun als migrationspolitisch radikaloffensiver Zuwanderungsstopper. Mit diesem Dringlichkeitsantrag distanziert sich die CSU offenkundig vom Merkel'schen Prinzip der unantastbaren Menschlichkeit in der Asylfrage und in der Frage der Flüchtlingsaufnahme. Sie steigt stattdessen in das Boot derer um, die den heute von der CSU vorgestellten Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der irregulären Zuwanderung seit Jahren als Alleinstellungsmerkmal im Programm haben. Das sind die Leute aus dem rechten Bereich, die Sie immer verpönt haben und auch heute noch meiden, also die AfD.

Claudia Roth von den GRÜNEN würde zu diesen Äußerungen der CSU sagen: Das ist NPD-Sprech. In jedem Fall ist es die Nachahmung der stets als "rechts außen" betitelten Ausländerpolitik der AfD, die sich gegen den Missbrauch in den Bereichen Asyl und Flüchtlinge wendet. Als schlimmen Ausrutscher empfinde ich in diesem Dringlichkeitsantrag die Forderung der CSU, Ankunfts- oder Asylzentren außerhalb der EU zu

errichten. Was soll das sein? Sind das etwa Konzentrationsplätze für Leute, die im Verdacht stehen, das Asylrecht zu missbrauchen? Wollen Sie so der drohenden Gefahr, analog zum PAG, begegnen, wie das die US-Amerikaner im Lager Guantanamo bereits gemacht haben?

Alle diese CSU-Forderungen sind kalter Kaffee. Sie wiederholen damit lediglich zum Teil sehr radikale Thesen oder sprechen sie nach.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie haben Ihre Redezeit ausgenutzt.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das sind nur Lippenbekenntnisse. Ich wünsche zu diesem Dringlichkeitsantrag schlechtes Gelingen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatssekretär Sandro Kirchner. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, alle haben mit großer Hoffnung auf diesen Flüchtlingsgipfel geschaut. Je näher dieser Tag jedoch gerückt ist, desto mehr wurden die Hoffnungen gedämpft. Ich hätte mir gewünscht, dass es die heutige Debatte so nicht gebraucht hätte. Aber das Ergebnis der vergangenen Nacht war bitter. Deswegen müssen wir heute darüber diskutieren. Ich bin daher dankbar dafür, dass dieser Dringlichkeitsantrag eingereicht worden ist.

Ich bin ein Mensch, der gerne das Positive sieht. Positiv war, dass von diesem Gipfel vom Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten das Signal ausgegangen ist, dass die Reduzierung der Zuwanderung auf der Agenda steht. Sollte es zu keiner Reduzierung der Zuwanderung kommen, wird es auch keine Lösung der Probleme bezüglich der Unterbringung, der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts geben. Lieber Herr von Brunn, Sie haben mit Ihrer Rede Ihren Bundeskanzler massiv beschä-

dig; denn Sie haben seine Aussagen konterkariert. Genau die Punkte, die er gestern als positiv vorangebracht hat, haben Sie in Abrede gestellt. Das ist problematisch und macht nachdenklich.

Der gestern gefasste Beschluss setzt voraus, dass wir eine Steuerung der Zuwanderung bekommen, um eine stärkere Zuwanderung zu unterbinden. Wir brauchen schnelle Verfahren und natürlich auch Rückführungen. Ich möchte einordnen, was gestern passiert ist: Wir konnten feststellen, dass der Bundeskanzler ein Hallo-wach-Erlebnis gehabt hat; denn er hat zum Ausdruck gebracht, dass er verstanden habe, dass jetzt den Worten Taten folgen müssten. Ich bin da jedoch sehr skeptisch; denn sehen wir uns die Ampel-Parteien an, deren Vertreter hier gesprochen haben – vielleicht mit Ausnahme der FDP –, wird der Bundeskanzler keine Chance haben, auch nur einen Punkt dessen, was er gestern verkündet hat, umzusetzen.

Die heutige Debatte hat gezeigt, dass die Ampel-Parteien jeden Realismus und Pragmatismus in der Migrationspolitik vermissen lassen. Wir müssen aufpassen, dass die Probleme tatsächlich angegangen werden und Lösungen kommen. Herr Becher hat sich heute hierhergestellt und eine Rede gehalten. Nach dieser Rede kann ich feststellen, dass der Bundeskanzler keine Chance haben wird; denn die GRÜNEN treten nach wie vor als Problem- und Risikopartei auf. Sie haben das Migrationsgeschehen und die Probleme, die damit einhergehen, immer noch nicht erfasst.

Herr von Brunn und Herr Becher, unsere Kommunen stehen mit dem Rücken an der Wand. Die Länder haben große Probleme, die Herausforderungen zu meistern. Sie glauben das nicht? – Vor Kurzem fand in Wiesbaden die Konferenz der für die Integration zuständigen Minister statt. Daran haben 15 Vertreter Ihrer Parteien teilgenommen. Damals wurde einstimmig eine Resolution bzw. ein Entschließungsantrag verabschiedet, der genau diese Thesen unterstreicht. Sie sind heute diesen Kolleginnen und Kollegen mit Ihren Redebeiträgen voll in den Rücken gefallen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben vorhin festgestellt, dass eine Pressemitteilung zu früh hinausgegangen wäre, sodass viele Punkte von vornherein konterkariert worden seien. Ich stelle fest: Die GRÜNEN haben zeitgleich zu diesem Krisengipfel, dieser Konferenz, ein 10-Punkte-Thesenpapier veröffentlicht und damit diesen Gipfel von vornherein in ein Korsett gesteckt. Der Bundeskanzler wurde damit von vornherein als zahnloser Tiger hingestellt, und ihm wurde signalisiert, dass seine Ideen nicht umgesetzt werden sollten.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Damit wurde der Ministerpräsidentenkonferenz ein Stoppschild aufgedrückt, sodass die dort getroffenen Vereinbarungen nicht umgesetzt werden können. Sie haben nämlich vorher schon alles besser gewusst und waren für diese Diskussion mit den Ländern und Kommunen gar nicht offen. Das zeigt zum einen Ihren Respekt vor Ihrem Bundeskanzler und zum anderen Ihren Respekt vor unseren Kommunen und den Ländern. Deshalb ist es wichtig, dass die Fraktion der CSU dieses Thema mit ihrem Dringlichkeitsantrag aufgegriffen hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme zurück zu der Diskussion und zu den Ergebnissen des gestrigen Gipfels. Ich habe heute das "Morgenmagazin" gesehen. Das tue ich nicht oft. Da haben Sie sich gefeiert. Ich habe aber auch Ministerpräsidenten gesehen, die enttäuscht waren und lange Gesichter hatten. Da wurden Bürgermeister interviewt, die resigniert waren und gefragt haben: Was soll denn das? Und Sie stellen sich hin und sagen: Wow, eine Milliarde Euro! Wir sind die Kings und haben das Geld, das wir den Ländern und den Kommunen endlich zur Verfügung stellen! – Was Sie da zur Verfügung stellen, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie sind planlos, ideenlos und wissen nicht, wie es weitergeht. Deshalb geben Sie eine Milliarde Euro, damit Sie Zeit gewinnen und das Thema verschleppen können.

Ich verstehe Sie nicht: Gestern war bereits ein Vier-Säulen-Modell als Vorschlag in der Diskussion. Mit diesem Vorschlag könnte die Zahl der Flüchtlinge, die tatsächlich kom-

men, bei den Zahlungen berücksichtigt werden. Gleiches gilt für die Kosten der Integration, die daraus entstehen können, und für die Kosten der Unterkunft bei den Kommunen.

Wir müssen darauf achten, die Beschlüsse, die gefasst worden sind, mal politisch zu hinterfragen. Da wurde gestern vereinbart, dass man die Herkunftsstaaten unter die Lupe nehmen muss. Da stelle ich mir aber die Frage, warum mit Moldau und Georgien nur zwei Herkunftsstaaten festgelegt werden, aber zum Beispiel die Maghreb-Staaten überhaupt nicht in der Diskussion stehen. Immer wird gesagt: 16 Jahre Bundesregierung. Herr von Brunn, in den 16 Jahren Bundesregierung war Ihr Bundeskanzler Finanzminister. Als Finanzminister im Kabinett hat er zugestimmt, dass die Maghreb-Staaten dort dazugenommen werden sollen. Gestern konnte er nicht über diesen Schatten springen und dort entsprechend vortreten.

(Alexander König (CSU): Er kann sich wahrscheinlich nicht mehr erinnern!)

Die EU-Kommission hat bereits 2020 bei der Reform des EU-Asylrechts gefordert, die Außengrenzen bezüglich der Asylverfahren in den Blick zu nehmen und die Asylverfahren an den Außengrenzen durchzuführen inklusive einer solidarischen Verteilung innerhalb der EU-Staaten, die damit einhergeht. Die Diskussion läuft im Europäischen Parlament. Seitens der Bundesregierung kann man bis zum gestrigen Tag eigentlich überhaupt keine Aktivität, keine Aktion erkennen. Ich muss schon sagen: Da hat man sehr lange geschlafen und sehr lange zugeschaut.

(Florian von Brunn (SPD): Das Problem ist, dass Sie einfach nicht zuhören können!)

Endlich kommt es jetzt. Wir sind uns einig, dass das viel zu spät kommt.

(Florian von Brunn (SPD): Oder Sie verstehen es nicht oder wollen es nicht verstehen!)

Bis dieses Asylgesetz auf der EU-Ebene verabschiedet ist, haben unsere Kommunen keine Zeit. Deswegen brauchen wir jetzt schnelle Lösungen.

Herr Becher, bevor Sie auch jetzt nicht zuhören wie Ihre anderen Kollegen vorhin.

Herr Becher!

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich schreibe mit!)

– Sie schreiben mit, okay. – Sie haben vorhin nach den Denkanstößen gefragt. Was ist kreatives Denken an der Stelle? Kann man schnelles Denken machen? Es ist ganz klar, dass es in diese Richtung geht.

(Florian von Brunn (SPD): Denkanstöße würden Ihnen guttun!)

Wenn wir jetzt schon wissen, dass wir so unter Druck stehen, weil so viele Leute da sind, dass wir Entlastung brauchen, dann dürfen wir keine zusätzlichen Anreize, keine freiwilligen Aufnahmen von Flüchtlingen durchführen. Dann stellt man fest, dass die Bundesregierung, obwohl sie die Situation kennt und obwohl sie ganz deutlich die Appelle der Kommunen zugerufen bekommt, nach wie vor freiwillige Aufnahmen durchführt. Da meine ich freiwillige Aufnahmen aus Afghanistan. Jetzt werden Sie aufschreiben: Das sind unsere Kräfte vor Ort, die Ortskräfte, die müssen wir zurücknehmen. – Da sind wir vollkommen dabei. Da stehen wir in einer moralischen Verpflichtung.

(Florian von Brunn (SPD): Das steht aber nicht im Antrag!)

Die nehmen wir auch zurück. Aber den anderen freiwilligen Aufnahmen aus Afghanistan haben Sie freiwillig zugestimmt: Tausend Leute jeden Monat, die ohne diesen Ortskräftehintergrund zu uns kommen. Ich komme aus einem Dorf mit tausend Einwohnern. Das ist jeden Monat einmal mein Dorf, das neu zu uns kommt, einmal mein Dorf, das untergebracht und organisiert werden muss, einmal mein Dorf, das entsprechende Einrichtungen in Anspruch nehmen muss. Am Ende der Legislaturperiode, wenn Sie in der Legislatur noch weiter in Verantwortung bleiben dürfen, sind das allein über diesen Pfad 40.000 zusätzliche Leute, bei denen wir keinen Einfluss haben, weil

Sie einen Alleingang in Europa machen und freiwillig aufnehmen. Das gehört an der Stelle zur Ehrlichkeit dazu.

Die Rückführungsoffensive: Klar ist die super. Die haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag drinstehen. Aber allein: Wir hören da nur Worte und sehen keine Taten.

Herr Graupner, Sie sind Polizist. Sie haben vorhin den Freistaat Bayern angeführt. Der Freistaat Bayern ist im Vollzug an den Rahmen gebunden, den der Bundesgesetzgeber bzw. der Bund an der Stelle den entsprechenden Behörden vorgibt oder schafft. Wenn wir nicht rückführen können, dann liegt das vor allem an den Rahmenbedingungen – ja, vielleicht auch vonseiten der Adressaten, der Staaten, in die die Flüchtlinge zurückkehren müssten, die uns eben nicht starten oder landen lassen oder die Flüchtlinge nicht zurücknehmen. Deswegen ist es kein bayerisches Problem, sondern ein bundespolitisches Problem. Auch da wird die Verantwortung zurückgewiesen.

Herr von Brunn, 16 Jahre an der Regierung. Da waren Sie sehr lange mit dabei als SPD. Aber auch Herr Hagen: Auch die FDP war an dieser Bundesregierung beteiligt. Vielleicht für Sie zur Erinnerung: Der Herr Westerwelle war Außenminister in dieser 16-jährigen Bundesregierungszeit der Angela Merkel. Sie dürfen die Dinge nicht vergessen.

(Zuruf von der SPD – Unruhe)

Heute Morgen war es in der Debatte. Es ist kein Thema der Innenpolitik alleine, sondern außenpolitische Vereinbarungen wurden in der Vergangenheit von einem Herrn Maas diskutiert, sind von einer Annalena Baerbock aktuell zu diskutieren und hätten von einem Herrn Westerwelle in der Vergangenheit diskutiert werden müssen. Also seien Sie da mal bitte schön leise und fassen sich an den eigenen Kragen!

(Beifall des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Sie sind da mit dabei. Das ist an der Stelle ganz klar der Zuruf.

(Anhaltende Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Kolleginnen und Kollegen, darf ich um etwas mehr Ruhe im Plenum bitten! – Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Kommen wir zum Antrag der GRÜNEN. Der Antrag der GRÜNEN zeigt auch, dass sie immer noch nicht verstanden haben, dass die Kommunen am Limit sind. Die Kommunen haben größte Probleme mit den Kindergärten und den Schulplätzen und mit finanziellen Belastungen generell, die damit einhergehen. Auch faktisch ist bei der Suche nach Unterkünften momentan keine Chance mehr gegeben. Oder wissen Sie, Herr Becher, wo man Flüchtlinge unterbringt? Geben Sie mal ein paar Adressen her, wenn Sie meinen, dass das alles so einfach ist. Noch mal: Eine Milliarde – ich habe es vorhin gesagt – ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn man die Leistungen zusammennimmt, die der Bund bislang "großzügig", wie Sie das dargestellt haben und so gönnerisch aufzeigen, bereitstellt, dann sind es für Bayern gerade mal 595 Millionen Euro, die in 2023 insgesamt zur Verfügung stehen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist etwas anderes! Sie kennen nicht einmal die Zahl!)

Allein im Ressort des Innenministeriums – hören Sie zu – müssen 1,5 Milliarden Euro in diesem Bereich investiert werden. Nehmen wir die anderen Ressorts, die noch beteiligt sind, dazu, dann sind es 2,3 Milliarden Euro. Das sind 1,7 Milliarden Euro, die Sie den Ländern, dem Freistaat Bayern und den Kommunen aufs Auge drücken. Wenn Sie jetzt anfangen gegenzurechnen, dann will ich Ihnen sagen: Der Bund stellt den Ländern im Jahr 2023 insgesamt 3,75 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Gesamtkosten der Länder belaufen sich auf geschätzt 16 Milliarden Euro in 2023. Da können Sie jetzt nicht sagen, dass irgendwelches Geld von Ihnen großzügig verteilt wird.

(Florian von Brunn (SPD): Ihre Zahlen sind halt leider nicht korrekt!)

Jetzt kommen die GRÜNEN noch um die Ecke, obwohl die Belastungen für die Kommunen schon wahnsinnig groß sind, und stellen einen Nachzieher, einen Dringlichkeitsantrag, in dem sie sagen: Ist doch alles kein Problem; regeln wir doch ein bisschen, dass die Kommunen vor Ort noch ein bisschen Integrationsleistungen machen; Geld spielt keine Rolle; Kapazität haben wir auch keine, und die Probleme sind gelöst. – Sie sind da schon ein bisschen unterwegs, zünden Nebelkerzen und versuchen, die Leute in die falsche Richtung zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie einen Antrag einbringen und sagen, der Freistaat Bayern ist da nicht energisch genug und kommt seinen Verpflichtungen nicht nach, dann darf ich Ihnen zurufen, dass der Freistaat Bayern sehr wohl dabei ist. Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen, indem er bei der Klärung der Unterkunftsmöglichkeiten die staatlichen Gebäude daraufhin prüft, ob sie als Unterkünfte herangezogen werden können. Der Freistaat Bayern prüft alle Liegenschaften bezüglich der Eignung für Asylnutzungen. Die Kosten der Unterbringung und der Versorgung der Asylbewerber werden vollständig übernommen. Das ist ein Riesenbatzen im Vergleich zu anderen Bundesländern, in denen dies großteils auf die Kommunen abgedrückt wird. Der Freistaat Bayern übernimmt diesen Bereich für seine Kommunen und unterstützt so vorbildhaft wie kein anderes Bundesland.

Zu den Fehlbelegern: "Fehlbeleger" ist ein blödes Wort, das gebe ich zu. Aber wenn aus Mangel an Wohnungen auszugspflichtige Personen in staatlichen Unterkünften sind, die der Freistaat Bayern bezahlt, stellt er den Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht in Rechnung. Das gilt auch für viele Flüchtlinge aus der Ukraine; auch hier entlastet der Freistaat Bayern seine Kommunen.

Ich darf feststellen, dass der Freistaat Bayern als Anwalt gegenüber dem Bund, aber auch im internen Verhältnis ganz klar seine Kommunen finanziell unterstützt und

stärkt. In diesem Sinne danke an die Fraktion, dass sie diesen Dringlichkeitsantrag gestellt hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Staatssekretär. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Bayerbach das Wort.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Herr Kirchner, es ist erstaunlich, dass die CSU immer vor den Wahlen plötzlich das Thema für sich entdeckt, aber während der Legislatur wenig davon umsetzt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Unverschämtheit!)

Das einzige Ergebnis dieses Gipfels war wieder mal Geld. Geld und ehrenamtliche Leistungen kommen nicht vom Bund und nicht vom Land, sondern die kommen von den Bürgern.

(Beifall)

Man muss ganz ehrlich sagen: Sieben Jahre lang, seit 2015, haben wir das Problem in diesem Land doch etwas massiver. Da haben wir keine Lösungen zur Steuerung in Europa gefunden. Wir haben keine Lösung zur Begrenzung gefunden. Wir haben heute – Sie waren lange genug mit an der Regierung – keine gesetzlichen Grundlagen, um die, die ausreisepflichtig sind, ordentlich zurückzuführen. In den letzten sieben Jahren sind wir auch nicht zu schnelleren Verfahren gekommen. Man muss schon ehrlich sagen: Die Politik macht es sich einfach und löst die Probleme mit dem Geld der Bürger und dem Einsatz der Bürger, ohne sich mal wirklich an die Probleme hinzukümmern.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Herr Bayerbach, Sie vermitteln gerade den Eindruck, dass Sie nicht so oft da sind und zuhören.

(Florian von Brunn (SPD): Aber häufiger wahrscheinlich als der Ministerpräsident!)

Ansonsten hätten Sie festgestellt, dass die CSU im Bayerischen Landtag, insbesondere aber die Bayerische Staatsregierung nicht erst heute, sondern schon über viele Jahre hinweg genau diesen Standpunkt vertritt und auch immer auf dieser Ebene aktiv ist. Unser Innenminister Joachim Herrmann war über lange Zeit der einzige innenpolitische Akteur, der überhaupt in der Öffentlichkeit diesbezüglich wahrgenommen worden ist.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie genau hingeschaut hätten, dann wüssten Sie auch, dass in der Vergangenheit gerade die alte Bundesregierung Abkommen insbesondere mit der Türkei getroffen hat, um dadurch die Flüchtlingsströme entsprechend zu dämpfen. Wir haben festgestellt, dass genau diese Abkommen dazu geführt haben, dass diese Ströme abgerissen sind. Wir wissen auch, dass die Bundesregierung sehr viel Geld in die Hand genommen hat. Die neue Bundesregierung hat sich nicht mehr um Abkommen gekümmert. Inzwischen sind Abkommen ausgelaufen. Die Finanzierung ist nicht mehr sichergestellt. Wenn Sie Kritik üben wollen, dann gerne in eine andere Richtung. Ich glaube, dass Sie nicht auf der Höhe der Zeit sind.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Johannes Becher für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben heute Morgen offenbar "Morgenmagazin" geschaut, aber nicht meiner Rede zugehört.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich habe versucht, das in zehn Minuten sehr differenziert darzustellen. Zum Bereich der Unterbringung fand ich es gut, dass der § 246 des Baugesetzbuches verlängert wird. Ich habe gesagt, dass wir die entsprechenden Schwellenwerte flexibler machen müssen, um handlungsfähig zu sein.

(Zuruf von der CSU: Die GRÜNEN haben doch alles behindert!)

Dann wollte ich von Ihnen wissen: Wir hatten Anträge gestellt, um mehr Personal für die Ausländerbehörden zu bekommen, das für eine schnellere Antragsbearbeitung notwendig ist. Das wurde abgelehnt. Warum eigentlich?

Dann würde ich gern wissen: Wann werden endlich die 79 Millionen an die Kommunen weitergeleitet, die vom Bund ja für die Ukraine-Hilfe, Unterbringung, gekommen sind? 14 andere Bundesländer konnten es, Bayern nicht.

Dann wollte ich gerne wissen: Die Kommunen brauchen Entlastung. Das habe ich mehrfach gesagt. Dann kommen die GRÜNEN, machen einen 10-Punkte-Plan, sagen, die Kommunen brauchen mehr Entlastung, brauchen mehr Geld, und fordern genau das, was Sie auch wollen. Am Ende kommt immerhin eine Milliarde raus, und dann wird man von Ihnen dafür kritisiert, dass man die Forderungen, die Sie haben, ebenfalls aufstellt!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Becher, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Johannes Becher (GRÜNE): Was möchte die Staatsregierung jetzt eigentlich zusätzlich machen, selbst machen, um die aktuelle Situation zu lösen, außer mit dem Finger auf den Bund zu zeigen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Gut eingeübt! Als ich heute Morgen "Morgenmagazin" geschaut habe, haben Sie vermutlich noch geschlafen. Bei Ihrer Rede war ich natürlich mit dabei und habe zugehört. Ich darf feststellen, dass man die Dinge schon ein bisschen einordnen muss. Wenn man in die Verantwortung kommen will, dann kann man viele Dinge behaupten bzw. behaupten, man kann sie auch ausführen. Jetzt stehen Sie aber auf Bundesebene in der Verantwortung und sind für die Themen, die die Länder und die Kommunen momentan vor größte Herausforderungen stellen, in der Verantwortung. Wir als Freistaat Bayern sagen Ihnen, wo uns der Schuh drückt, und Sie als übergeordnete Ebene, als Bund, sind dann auch verpflichtet, entsprechende Regelungen zu treffen. Was Sie momentan machen, ist genau das Gegenteil.

Diese eine Milliarde: Vielleicht haben Sie mir nicht zugehört, weil Sie vielleicht etwas anderes geguckt haben. Sie haben geschwätzt vorhin.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Eine Milliarde Euro: Ich habe es Ihnen aufgeführt, ich sage es Ihnen noch mal. 595 Millionen Euro kriegt der Freistaat Bayern in Summe. 2,3 Milliarden Euro Ausgaben haben wir. Jetzt erzählen Sie mir, wie Sie mir da weitergeholfen haben! Erzählen Sie es mir! Wo haben Sie uns da weitergeholfen?

(Zurufe von den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Gut, also das ist ja kein Zwiegespräch. Sind Sie fertig mit Ihrer Antwort, Herr Staatssekretär?

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Ja, klar.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Dann erteile ich für eine weitere Zwischenbemerkung

(Unruhe)

– Ruhe im Karton! Hallo! Ganz ruhig! – dem fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Kirchner, woher kommt eigentlich dieser Wandel in der Flüchtlingspolitik der CSU? Ich sitze auch bereits seit fünf Jahren hier im Hohen Haus, habe Ihnen zugehört und kann nur eines feststellen: Seit Merkel in der Politik die Macht ausgeübt hat, hat die CSU zusammen mit Rot und mit Grün immer diese sehr flüchtlingskonforme, sehr migrations- und asylkonforme Politik der offenen Grenzen, der Offenheit mitgetragen. Jetzt tun Sie so, als ob Sie schon immer diese rechtsradikalen Thesen vertreten hätten. Das wundert mich sehr.

Aber die Probleme der Kommunen haben Sie auch erst recht spät erkannt, und die bestehen nicht erst seit heute oder gestern, sondern schon viele Jahre. Die Kommunen brauchen nicht nur Geld, sondern praktische Hilfe vor Ort. Denen stehen die Leute auf den Füßen.

(Zuruf: Zeit!)

Davon hat man in diesem Antrag wieder nichts gehört und auch nicht in Ihrer Erklärung. Welche Hilfe haben Sie denn wirklich für die Kommunen? Mich hat das alles ein wenig negativ beeindruckt, was Sie und die CSU hier bieten.

(Zurufe: Zeit!)

Das kommt mir vor wie eine Münchhausen-Ballade.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Also, Herr Swoboda, erst mal distanzieren Sie sich von Ihrer Äußerung hinsichtlich Rechts, weil der Frei-

staat Bayern und die Menschen in Bayern immer Humanität in den Vordergrund stellen und insbesondere die Ordnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Ihr Ansatz der Flüchtlingspolitik in Radikalität mündet, dann müssen Sie sich an der Stelle selber hinterfragen.

Wenn Sie vorhin zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich Ihnen aufgezeigt habe, dass der Freistaat Bayern für seine Kommunen die ganzen Leistungen im Bereich der Asylunterbringung und Verpflegung übernimmt – viel Geld, das in anderen Ländern die Kommunen selber aufbringen müssen. Der Freistaat unterstützt darüber hinaus die Kommunen in der Organisation. Wenn Sie jetzt sagen, der Freistaat Bayern macht nichts für die Kommunen, Herr Swoboda, dann frage ich mich, was Sie im Landtag für den Freistaat Bayern machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir kommen zunächst zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/28906. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Diese erfolgt über Ihre Abstimmgeräte. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten und beginnt jetzt. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16:14 bis 16:16 Uhr)

Befindet sich jemand im Saal, der seine Stimme noch nicht abgeben konnte? Dann bitte ich, das jetzt zu tun. – Nachdem ich keinen Widerspruch höre, scheint das nicht der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmungszeit hiermit beendet, und ich bitte, wieder Platz zu nehmen und etwas – –

(Unruhe – Zuruf)

– Ich habe gerade danach gefragt, ob noch jemand nicht Gelegenheit hatte. Da hat sich niemand gerührt. Jetzt ist die Abstimmung beendet. – So, ich bitte, wieder die Plätze einzunehmen, und bitte um etwas Ruhe im Sitzungssaal. Die Abstimmung ist beendet, ja.

Wir kommen jetzt zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/28978. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die FREIE-WÄHLER-Fraktion, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Damit wir die Zeit gut nutzen, gebe ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Migrationskrise lösen – Planungssicherheit für Länder und Kommunen jetzt sichern, dauerhafte Lösungen auf den Weg bringen" auf Drucksache 18/28906 bekannt: Mit Ja haben 95 Abgeordnete und mit Nein 60 Abgeordnete gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen. –

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.05.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU; Migrationskrise lösen - Planungssicherheit für Länder und Kommunen jetzt sichern, dauerhafte Lösungen auf den Weg bringen (Drucksache 18/28906)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Enghuber Matthias	X		
Adjei Benjamin		X		Fackler Wolfgang	X		
Aigner Ilse	X			Dr. Faltermeier Hubert	X		
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina		X	
Arnold Horst				Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar	X			Flierl Alexander	X		
Aures Inge		X		Flisek Christian			
Bachhuber Martin	X			Franke Anne			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Freller Karl			
Bauer Volker	X			Friedl Hans	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Friedl Patrick		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Fuchs Barbara			
Bayerbach Markus	X			Füracker Albert			
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara	X			Gerlach Judith			
Beißwenger Eric	X			Gibis Max			
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Blume Markus	X			Gotthardt Tobias	X		
Böhm Martin				Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brandl Alfons	X			Grob Alfred	X		
Brannekämper Robert				Güller Harald		X	
Brendel-Fischer Gudrun				Guttenberger Petra	X		
von Brunn Florian		X		Häusler Johann			
Dr. Büchler Markus		X		Hagen Martin		X	
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Celina Kerstin				Halbleib Volkmar		X	
Dr. Cyron Anne	X			Hartmann Ludwig		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hauber Wolfgang	X		
Demirel Gülsesen				Haubrich Christina		X	
Dorow Alex				Hayn Elmar		X	
Dremel Holger	X			Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert	X			Herold Hans	X		
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian	X		
Ebner-Steiner Katrin				Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold	X		
Eibl Manfred	X			Dr. Heubisch Wolfgang			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Hierneis Christian		X	
Eisenreich Georg	X			Hiersemann Alexandra		X	
Enders Susann	X			Hintersberger Johannes			
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie			
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Lorenz Andreas	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzingler Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Riedl Robert	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan			
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	95	60	0